

Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontokonto: Gebr. Arnold, Dresden und Cöln, Staatbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altsadt

Bezugpreis einschließlich Grangerlohn in der 48. Woche vom 24. November bis 30. November 1 Million M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 210 Millionen M., Einzelnummer 200 Millionen M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 40 mm breite Nonpareilzeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 276

Dresden, Mittwoch den 28. November 1923

34. Jahrg.

Reichswehrtreiben in Sachsen

Gestern machte im Landtag die Deutsche Volkspartei den vergeblichen Versuch, mit viel Sensationsgeschrei über ihre Niederlagen im Reich wegzutäufeln. Dem Landtag lag zunächst ein Antrag der Deutschen Volkspartei über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit Zeigners vor. Dabei tat sich der Deutschvolksparteier Kaiser ein Stückchen. In derselben schabigen Weise wie ein Teil der bürgerlichen Presse suchte er den Fall des Genossen Zeigner politisch auszunutzen. Herr Kaiser ist offenbar das Geschick für die einfachste Anstandslosigkeit vollkommen verloren gegangen. Obgleich er weiß, daß die Sozialdemokratische Partei sofort das Notwendige getan hat, als ihr die Beschuldigungen gegen Zeigner bekannt wurden, brachte Kaiser es fertig, aus der Angelegenheit Zeigner einen „politischen Skandal“ zu fabrizieren. Dabei wurde die alte Melodie über die gefährliche sozialdemokratische Personalpolitik angeklungen. Das System Zeigner sei der Sumpfboden, auf dem „mandt giftige Blüte“ gedeihe. Sellen treiben gewisse bürgerliche Leute ihre politische Geschleier ärger, als wenn sie auf die Personalpolitik zu sprechen kommen. Das Notwendige dazu ist schon oft gesagt worden. Dieselben Leute, die es früher als selbstverständlich hingenommen, daß nur Leute von sehr „guter Gesinnung“ in hohe Beamtenposten kamen, daß Sozialdemokraten von Beamtenstellen ausgeschlossen blieben und daß die Zugehörigkeit zu einer linksliberalen Partei schon genügt, um selbst einem tüchtigen Mann die Karriere zu verderben, erheben jetzt bei jeder Besetzung eines Postens mit einem sozialdemokratischen Beamten ein Mäh- und Wehgeschrei. Die Unverschämtheit, mit der es jetzt Herr Kaiser fertig bringt, sich über die sozialdemokratische Personalpolitik von Mund zu streifen, muß man um so mehr bewundern, als erst kürzlich sein Parteigenosse Feinze geäußert hat, wie skrupellos die Deutsche Volkspartei Personalpolitik treibe, wenn sie an der Macht ist. Eine deutschvolksparteiliche Regierung würde sich sicher nicht damit begnügen, eine so geringe Anzahl von Parteigenossen in entscheidende Stellen zu drängen, wie das die Sozialdemokratie in fünf Jahren sozialistischer Regierung in Sachsen getan hat.

Dann folgte die Besprechung der Anträge, die sich mit dem Vorgehen des Landtags und der Wehrverhältnisse in Sachsen beschäftigten. Dabei wurden sowohl von den Kommunisten wie von den Genossen Liebmanna und Fleischer eine Anzahl Fälle von Mißhandlungen verhandelt, die zum Himmel schreien. Auf der rechten Seite des Hauses suchte man diese Dinge zuerst vor der heitern Seite zu nehmen und sie als Ueberrückungen hinzustellen. Als aber die ärztlichen Zeugnisse vorgelegt wurden, die von den Spuren schwerer Mißhandlungen sprechen, begann man auch auf der rechten Seite ruhiger zu werden. General Müller hat keinen Grund, auf seine Reichswehr sehr stolz zu sein, und er ist es wohl auch nicht. Mit Schauern hat die Welt seinerzeit die Schilderungen der Gräueltaten gelesen, wie sie im besetzten Rußland, in Serbien, Ungarn und in anderen wilden Ländern vorgekommen sind. Aber was sich hier Angehörige der deutschen Reichswehr gegen deutsche Bürger geleistet haben, die zum Teil grundlos verhaftet wurden, kann sich durchaus neben den Brutalitäten sehen lassen, die uns aus jenen Ländern berichtet werden.

Weder können wir nicht alle Fälle, die im Landtag gestern geäußert wurden, im einzelnen wiedergeben. Doch die Proben, die wir unsern Lesern bereits mitgeteilt haben und die noch folgen werden, zeigen zur Genüge, was für Elemente in der Reichswehr der deutschen Republik vorhanden sind. Zugunsten der deutschen Reichswehrlösung darf man wohl annehmen, daß diese Brutalitäten zum großen Teil nicht von den eigentlichen Reichswehrangehörigen ausgingen, sondern von Leuten der sogenannten schwarzen Reichswehr. Es ist bisher leider nicht gelungen, Aufklärung darüber zu schaffen, wie es mit dieser schwarzen Reichswehr steht. Oft genug haben wir das Wehrreiskommando aufgefordert, sich über die schwarze „Aufsüllung“ zu äußern, ohne daß wir bisher eine Antwort bekommen hätten. Ein Beweis dafür, daß die Reichswehrbehörden genügend Grund haben, über diese Dinge zu schweigen. Die Mißhandlungen der Verhafteten könnten in etwas milderem Maße erscheinen, wenn es sich bei den Verhafteten um Leute handelte, die schwerer Vergehen schuldig wären. Aber davon kann gar keine Rede sein. In einem von uns bereits veröffentlichten Erlaß des Herrn Müller ist ja auch offen zugestanden worden, daß die Verhaftungen oft völlig unbegründet stattfanden. Reichswehrgeschäftliche Denunziationen haben häufig genügt, um Verhaftungen und Mißhandlungen herbeizuführen. Auffällig groß ist die Zahl der Lehrer, die grundlos verhaftet und mißhandelt wurden. Die Reichswehr ist hier offenbar vorgegangen auf Anzeigen von Bauern und Gutsherrn, die an dem verhassten Lehrer ihr Mißtrauen fühlten wollen, weil dieser sie durch Heranziehung ihrer Arbeiter zur Fortbildungsschule und ähnlicher überflüssiger Kulturdinge gekränkt hat.

Das Ansehen Deutschlands in der Welt wird durch die Reichswehr-Ausweitung in Sachsen schwer geschädigt. Es wird auch diesmal nicht an Entkommen fehlen, die der sächsischen Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß sie die Mißhandlungsfälle in die Öffentlichkeit gebracht hat. Es ist ja in Deutschland Poese, Verbreden, die von Angehörigen der

Reichswehr oder der rechtsradikalen Putzorganisationen begangen werden, mit sehr viel Milde zu behandeln, aber denjenigen einen Vaterlandsverräter zu schelten, der diese Verbrechen aufdeckt. Aber es war geradezu Pflicht der sächsischen Regierung, die Gräueltaten der Reichswehrlösung in aller Öffentlichkeit zu läutern, hat sie doch sonst kein Mitleid, die sächsischen Bevölkerung zu schützen. Die Mißhandlungen sind ja bemüht, der sächsischen Regierung die Möglichkeit zu nehmen, sich zuverlässiges Material über das Verhalten der Reichswehr zu verschaffen. Man begreift jetzt sehr gut, warum General Müller die Regierungskommission abgelehnt hat: weil sie diejenigen Regierungsorgane waren, die die Soldaten der Reichswehrlösung festhielten. Was gedenkt General Müller zu tun, um wenigstens für die Zukunft derartige Ausschreitungen vorzubeugen? Wir glauben gern, daß Herr Müller diese Dinge sehr unangenehm sind, besonders wenn sie in die Öffentlichkeit kommen, und es ist ein Befehl von Herrn Müller herausgekommen, in dem er sich gegen derartige Mißhandlungen wendet. Aber ist damit das Notwendige getan? Selbst im alten kaiserlichen Deutschland wären solche Dinge nicht möglich gewesen. Ein einziger derartiger Fall hätte wahrscheinlich genügt, dem Führer der betreffenden Truppe das Genick zu brechen. Aber wurde bisher auch nur ein einziger Offizier wegen der schon längst Herrn Müller bekannten Ausschreitungen seines Postens entlassen? Hält es General Müller nicht für nötig, in der Öffentlichkeit darüber etwas deutlicher zu werden, was er gegen solche unerhörte Exzesse zu tun gedenkt? Oder ist die Reichswehrlösung nicht in der Lage, der Bevölkerung den genügenden Schutz vor ihren eigenen Angehörigen zu gewähren? Ist man nicht Herr der Elemente, die in der Reichswehr eine Kontrolle bilden? Und wie steht es mit den Offizieren? In einigen Fällen ergab sich, daß Offiziere nicht nur die Mißhandlungen duldeten, sondern sich auch an den ärgersten Brutalitäten beteiligten!

Neben den Ausschreitungen der Reichswehr verblüht alles, was etwa hier in Sachsen an Ausschreitungen von Erwerbslosen in den letzten Wochen vorgekommen ist. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß Sachsen von dieser Reichswehrrschaft befreit wird.

Sächsischer Landtag

72. Sitzung, Dienstag den 27. November, nachmittags 1 Uhr. Präsident Winkler eröffnet die Sitzung mit einem Protokoll gegen die im Landtagsgebäude zweimal vorgenommenen politischen Hausdurchsuchungen und ersuchte die Regierung um Einleitung der nötigen Schritte, daß sich solche Dinge nicht wiederholen können. Abg. Würtzler (Komm.) erhob gegen jene Hausdurchsuchungen ebenfalls Einspruch und verlangte die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände. Dana teilte er noch mit, daß seine Fraktion ihren Antrag auf Verhandlungen mit Sowjetrußland zurückzieht.

Bürgerblock-Spiel

Die Geburtswehen für eine neue Reichsregierung dauern an. Ein „überparteiliches Kabinett“ von „Männern“, „Köpfen“, „Wannern“ oder Individualitäten kam nicht zustande, was auch ein Monstrum gewesen wäre, dessen Atem nur bis zur nächsten Reichstagsitzung angelangt hätte. Der zum Aufgehen eines solchen Kabinetts beauftragte frühere Minister Albert hat seine Ohnmacht erkannt und den Auftrag dem Reichspräsidenten zurückgegeben.

Nun kommt als nächste Vorfürhung das univernale Bürgerblock. Die reaktionären Drahtzieher haben die Verhältnisse so weit getrieben, daß auch das Zentrum für die Bürgerblock-Koalition „reif“ geworden ist. Deutsche Volkspartei, Deutschnationale, Vaterländische Volkspartei und Zentrum sollen und werden sich zu einem Bürgerblock zusammenschließen, der mit seinen rund 200 Reichstagsmitgliedern die Basis für ein Kabinett Stegerwald, Jarres, Brauns oder ähnlich abgibt. Die Demokraten wollen in ihrer Mehrheit nicht mittun, obgleich einzelne von ihnen wohl zur aktiven Teilnahme am Spiel bereit wären. Die Verhandlung zwischen den genannten Parteien soll noch nicht erzielt, aber so weit vorgeschritten sein, daß der Auftrag zur Bildung des Kabinetts an Herrn Adam Stegerwald heute erteilt werden wird.

Die Berliner Meldungen besagen, daß die Volkspartei an die Deutschnationalen keine Forderungen stellte, also mit einer deutschnationalen Politik von vornherein einverstanden ist. Das Zentrum wünschte aber von den Deutschnationalen: Anerkennung der Verfassung, der Rechtsgültigkeit des Versailleser Vertrages, eine bestimmte Politik gegenüber dem Rheinland und weitere Befestigung der illegalen Verbände, während umgekehrt die Deutschnationalen als Vorbedingung stellten: Aufgabe der großen Koalition in Preußen. Die nationalsozialistischen Diktatoren wollen vor allem den Genossen Eberling aus dem preussischen Innenministerium hinausdrängen. Das Zentrum lehnte diese Forderung ab, die Volkspartei beschloß, die Entscheidung der großen Koalition in Preußen ihren preussischen Landtagskollegen zu überlassen. Beide Parteien hoffen jedoch, daß die Weiterentwicklung der Verhältnisse rasch bald die

Als Ersatzmann für Dr. Zeigner ist Genosse Tempel, Freiberg, eingetreten. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurde zunächst ein Untersuchungsausschuß zur Prüfung der vom Minister Pötcher während seiner Tätigkeit als Finanzminister vorgenommenen Beamtenanstellungen usw. eingesetzt. Dem Ausschuß gehören an die Abgg. Franz, Schüch, Sachse, Karl, Frau Wagner (Soz.), Dr. Reinhold (Dem.), Wäcker, Lippe (F. Sp.), Paula, Grelmann (Nat. Sp.) und Orang (Komm.). Sodann begründet Abg. Dr. Kaiser (D. Sp.) seinen

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Amtstätigkeit des früheren Justizministers Dr. Zeigner

und über die Führung der Strafuntersuchung gegen diesen. Wie nicht anders zu erwarten, ging der Antragsteller in schlagender Breite auf den „Fall Zeigner“ ein, den er als einen politischen Skandal bezeichnet, der seinesgleichen in der neueren Reichsgeschichte suche. Er hielt bereits für erwiesen, daß unter dem System Zeigner die Anstellung und Beförderung von Beamten nicht nach persönlicher Eignung und nicht nach fachlicher Tüchtigkeit, sondern lediglich nach der Parteizugehörigkeit erfolgte.

Justizminister Reus:

Wegen den früheren Justizminister Dr. Zeigner ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig die Voruntersuchung wegen Verdachts eines Verbrechens gegen § 383 des Strafgesetzbuchs eröffnet worden. Auch ist er auf Grund des § 87 des Gesetzes vom 8. Juni 1876 vorläufig von seinem Amte als Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden entsetzt worden. Die Akten des Justizministeriums über die Regnabildungen, in Ansehung deren Dr. Zeigner eine Verletzung seiner Amtspflichten zur Last gelegt wird, sind der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig auf ihr Ansuchen überlassen worden. Das Justizministerium kann schon jetzt erklären, daß die Unabentschiedenheiten, die den Gegenstand der Untersuchung gegen Dr. Zeigner bilden, in der üblichen Weise von Beamten der Abenteilerabteilung bearbeitet worden sind (Jurist bei den Deutschnationalen: Was ist üblich), daß jedoch nicht der mindeste Anhalt für eine Mitwirkung oder Mitschuldhaftigkeit dieser Beamten an den Dr. Zeigner zur Last gelegten Verfehlungen besteht, daß vielmehr in jedem einzelnen Falle die verantwortliche Entscheidung des Justizministeriums von Dr. Zeigner persönlich getroffen worden ist.

Das Justizministerium hat, sobald der gegen Dr. Zeigner ausgesprochene Verdacht amtlicher Verfehlungen durch die Ermittlungen verläßt wurde, angeordnet, daß das Staatsanwaltschaftliche Verfahren von dem leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Leipzig weitergeführt werde. Eine Uebertragung der Nachforschungen an den mit der Bearbeitung der politischen Strafsachen beauftragten Staatsanwalt in Leipzig ist vom Justizministerium niemals beabsichtigt worden. Die Anordnung, daß der Oberstaatsanwalt in Leipzig die Amtsvorfahrungen der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren gegen Dr. Zeigner selbst übernehmen solle, beruht auf der Weisung des Justizministeriums, Straf-

Sprengung der preussischen Koalition mit den Sozialdemokraten zur Notwendigkeit machen werde. Mit dieser sicheren Voraussicht dürften sich wohl die Deutschnationalen einstweilen zufrieden geben. Ueber die andern Fragen wird mit den Deutschnationalen noch verhandelt, doch sollen Zusicherungen in Aussicht stehen, die ein Kabinett Stegerwald ermöglichen. Herr Stegerwald hat als preussischer Ministerpräsident während der Zeit, als dort die Sozialdemokratie ausgeschaltet war, seine Befähigung zum reaktionären Reichspolitiker erbracht. Er wird dem Bürgerblock eine die Deutschnationalen vorläufig befriedigende Politik gut und gern machen können. So scheint der Bürgerblock nach Uebertwindung der letzten Schwierigkeiten eine Tatsache zu werden. Sie bringt freilich nicht völlige Klärung der Verhältnisse, doch liegt sie in dieser Richtung. Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen den Bürgerblock in guter Position aufnehmen und dieser Reaktion die Verbrämung und die täuschenden Hülsen abgeben, auf daß das schärfere Volk Klarheit sieht. Das ist die erste Voraussetzung für das Machtingen, das ausgetragen werden muß.

Berlin, 28. November. (Sig. Drahtbericht.) Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber dem Bürgerblock ist ohne weiteres gegeben. Eine Regierung, in der Vertreter einer Partei sitzen, die seit Jahren bemüht auf den Volkerrat hingearbeitet hat und zu seiner Vertretung selbst nicht vor den schneidendsten Mitteln zurückzuckerte, muß sich auf den entscheidenden Kampf der Arbeiterschaft gefaßt machen. Wir sind uns dessen bewußt, daß die Regierung eines Bürgerblocks, wenn sie überhaupt zustandekommt, neues Glanz über Deutschland bringt und weitere Vorkämpfer der Arbeiterschaft abgibt werden. Aber nach diesem Anschauungsunterricht dürfte die Zeit kommen, in der die monarchistischen Volkswörter endgültig ausgespielt und die Erkenntnis allgem ein ist, daß ohne die deutsche Sozialdemokratie, ohne die Arbeiterschaft in Deutschland nicht regiert werden kann.

-G.
4
FTE
Lige
me
mben
-Str. 2323
monhof
Apparate
Kleider
Platz 8
schule
Rauch
I betten
Kleider
Katalog SP
Sachl. (Chor.)
ieder-
käufer
halten
abt!
8
mia
5
ig
chesters
AZAR
gerstr.
rger
und
hast
k
oolt
er
7
handlg.
44

fachen von besonderer Bedeutung durch den ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bearbeiten zu lassen, der durch seine Erfahrung und Persönlichkeit volle Gewähr für eine sachdienliche und erschöpfende Durcharbeitung der Ermittlungen bietet.

Die Einrichtung besonderer Dezernate für politische Strafsachen von den Staatsanwaltschaften entspricht einem Bedürfnis nach Zusammenfassung von Strafsachen bezüglicher Materie in der Hand eines dafür besonders geeigneten Beamten. Bei der Bearbeitung der politischen Strafsachen zukommt, ist das Justizministerium bemüht gewesen, die Bearbeitung dieser Sachen zunächst in die Hände der leitenden Beamten der Staatsanwaltschaften zu legen. Bei vier von den sieben landgerichtlichen Staatsanwaltschaften bearbeitet der Oberstaatsanwalt die politischen Strafsachen. Es liegt auf der Hand, daß bei Behörden von dem Umfange der Staatsanwaltschaften in Dresden und Leipzig der leitende Beamte nicht imstande ist, die Bearbeitung der einzelnen politischen Strafsachen selbst zu übernehmen. Bei diesen Staatsanwaltschaften sind daher, ebenso wie in Jülich, unterstellte Staatsanwälte mit der Bearbeitung der politischen Strafsachen beauftragt. Die gelegentlich geäußerte Auffassung, in der Bearbeitung der politischen Strafsachen werde nach parteipolitischen Rücksichten verfahren, ist unrichtig. Das Justizministerium übernimmt die Gewähr dafür, daß sowohl nach meinem Amtsreise wie auch in dem Jahre vorher in keiner einzigen politischen Strafsache rein sachliche Rücksichten gegenüber politischen Erwägungen zurückgeblieben sind. Demgegenüber keiner der mit der Bearbeitung der politischen Strafsachen beauftragten Staatsanwälte dem Justizministerium einen Anlaß zu der Annahme gegeben hat, daß bei der Bearbeitung dieser Sachen nicht lediglich nach den gesetzlichen Vorschriften verfahren werde, hat es doch wiederholt Veranlassung genommen, auf das gegen die Einrichtung der politischen Sonderdezentate in einzelnen Kreisen bestehende Mißtrauen hinzuweisen und den Staatsanwälten die unbedingte Notwendigkeit zu betonen, auch politische Erwägungen ohne jede Rücksicht auf parteipolitische Standpunkte rein sachlich und streng nach den gesetzlichen Vorschriften durchzuführen.

Am 26. Oktober 1923 — und das ist interessant, insbesondere auch für die Herren Antragsteller — ist dem Justizministerium ein Schreiben des Reichskriegsministeriums IV folgenden Wortlaut zugegangen:

Wie hier bekannt geworden ist, werden im Geschäftsbereich der unterstellten Staatsanwaltschaft die sogenannten politischen Strafsachen von einem aus parteipolitischen Rücksichten besonders ausgewählten Staatsanwalt bearbeitet, der, soweit er nicht selbst richterführender Staatsanwalt ist, nicht diesem, sondern dem Justizministerium unmittelbar untersteht.

Diese Einrichtung bietet nicht die Gewähr, daß die politischen Strafsachen rein sachlich von einem höheren als dem Parteistandpunkt betrachtet werden, wie es die allein maßgebende Rücksicht auf die Gerechtigkeit gegen alle Volksgenossen erfordert. Dadurch wird Mißtrauen gegen die Justiz gesetzt und damit die Rechtsicherheit im Staate gefährdet.

In ihrer Ausbreitung — also der Rechtsicherheit im Staate — würde es deshalb an, daß unmöglich bei allen Staatsanwaltschaften die sogenannten politischen Strafsachen beauftragt (Sachverhalt bei dem Herrn: Inerhört! Geht denn den das etwas an? — Paraf rechts: Scheint doch so!)

und die politischen Strafsachen lediglich nach sachlichen Rücksichten so wie jede andere Strafsache erledigt werden.

Ich erlaube mir die Mitteilung bis zum 28. Oktober 1923, daß diese Maßnahme durchgeführt ist.

Der Reichsanwalt: G. Müller, Generalleutnant.

Das Justizministerium hat sofort in mündlicher Verhandlung mit dem Chef des Stabes des Reichskriegsministeriums IV und dem Oberstaatsanwalt die Auffassung des Militärbefehlshabers zurückgewiesen, daß die mit der Bearbeitung der politischen Strafsachen beauftragten Staatsanwälte nach parteipolitischen Rücksichten ausgewählt würden. Es hat darauf hingewiesen, daß, soweit ihm bekannt, nur ein einziger dieser Staatsanwälte bei der Sozialdemokratischen Partei organisiert ist, während die übrigen entweder bürgerlichen Parteien angehören oder in Ansehung ihrer politischen Organisation dem Justizministerium unbekannt sind. Das Justizministerium hat weiter gegenüber dem Reichskriegsministerium betont, daß es diesem nicht gelingen werde, auch nur einen einzigen Fall nachhaft zu machen, in dem die politischen Strafsachen nicht rein sachlich bearbeitet worden sind und in dem die allein maßgebende Rücksicht auf die Gerechtigkeit gegen alle Volksgenossen außer acht gelassen worden ist. Der Herr Militärbefehlshaber hat auf Grund dieser Vorlesung des Justizministeriums von der Durchführung der geforderten Vereinfachung der politischen Sonderdezentate abgesehen, nachdem ihm die Versicherung gegeben war, daß bei Einrichtung der politischen Staatsanwaltschaften parteipolitische Rücksichten nicht maßgebend gewesen seien, und nachdem ihm die Versicherung gegeben war, daß die politischen Prozesse ohne Rücksicht auf Parteipolitik rein sachlich durchgeführt würden.

Das Justizministerium bedauert, daß das von dem Reichskriegsministerium noch unter der Feigener-Regierung zurückgenommene Verlangen nach Aufhebung der Einrichtung der politischen Sonderdezentate in dem Antrage der Fraktion der Deutschen Volkspartei wiederholt. Es wiederholt vor dem Landtage seine dem Reichskriegsministerium gegenüber abgegebene Erklärung und wird, wie bisher, in der Handhabung der Nachprüfung ohne Ansehen der Person und ohne Rücksicht auf politische Auffassungen und Parteimeinungen verfahren. Die Weiterhaltung der politischen Sonderdezentate bei den Staatsanwaltschaften erscheint ihm lediglich als eine gebotene Zweckmäßigkeit mit Rücksicht auf den Umfang der politischen Prozesse gegenüber der Volkspartei angenommen haben, und mit Rücksicht auf die besondere Sach- und Rechtskunde, die die Bearbeitung dieser Sachen unter den obwaltenden Umständen erfordert. Die Aufstellung der politischen Strafsachen unter alle Staatsanwälte einer Behörde, etwa nach Wuchstaben oder ähnlichen rein äußerlichen Merkmalen, bietet nach der Überzeugung des Justizministeriums nicht die Gewähr, daß diese vielfach bedeutungslosen und schleimigen Erledigung bedürftigen Sachen so zureichend bearbeitet werden, wie das bei ihrer Zusammenfassung in der Hand eines leitenden Beamten der Staatsanwaltschaft oder eines dazu besonders ausgewählten Beamten der Fall ist.

Der Justizminister fügt hinzu, daß er nichts gegen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses habe. Sein Beamter habe an den beschonigten amüßigen Verschleppungen des Dr. Feigener teil. Die Behauptung des Dr. Kaiser, daß Allen verschämten seien, ist nicht richtig. Der Minister nimmt weiter den Ministerialdirektor Dr. Wulffen gegen die verheerenden Angriffe Dr. Kaisers in Schutz und bemerkt, daß der Regierungsrat Koke mit den Begnadigungssachen nichts zu tun hatte. Die Ernennung Dr. Feigners zum Landgerichtsdirektor war eine durchaus normale Ernennung, da Dr. Feigener die erforderlichen Fähigkeiten besitzt und damals nach nichts von seinen angeblichen Verschleppungen bekannt war.

Ministerpräsident Heßlich bedauert, daß Dr. Kaiser die Begnadigung des Antrages dazu benutzt hat, gegen die gesamte Personalpolitik, die während der Regierung Feigener getrieben worden ist, Sturm zu laufen. Dadurch ist eine ganze Anzahl Beamten in den Verdacht geraten, als ob sie lediglich durch Wuchst oder aus Gierberei ernannt worden sind. Gegen diesen Verdacht nehme ich die Beamten in Schutz. Die Regierung erkennt die Beamten nur nach persönlicher Tüchtigkeit und von diesem Grundsatz wird sie sich auch ferner bei ihrer Personalpolitik leiten lassen.

Herr Gehlert (Dnt. Sp.) sagt, eine heftige Korruption wie im Falle Feigener sei nicht begreifbar, und fordert richterliche und richterliche Auffassung, die übrigens auch die Sozialdemokratische Partei, an dem Reichshohen Dr. Feigener hängt, verlangen sollte. (Zurufe bei den Soc.) In der Erstattung der Sachverhalte habe Dr. Feigener Außerordentliches geleistet. (Arztische Zurufe rechts).

Ministerialdirektor Dr. Wulffen erklärt die Behauptung des R. A. für unrichtig, daß er mit dem Untersuchungsgericht über die Grundsätze, die für die Begnadigung maßgebend sind, gesprochen habe und über die in der Zeit kommenden Nachrichten alle die Schlussfolgerungen, die die R. A. gezogen haben, müssen ihnen von einem Juristen gegeben worden sei.

Herr Dr. Kaiser (Dnt.) will erst zu der Angelegenheit Stellung nehmen, wenn das Verfahren zum Abschluß gekommen ist. Bemerkung aber, es sei bekannt, daß seine Partei immer das System Feigener beibehalten habe.

Herr Müller, Chemnitz (Soc.): Es ist bisher Sitte gewesen, in ein schwebendes Verfahren nicht einzugreifen. Wir werden trotzdem der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zustimmen. Unsere Motive sind natürlich andere, als bei Herrn Dr. Kaiser und seinen Freunden. Für uns ist das Reinlichkeitsgefühl das Entscheidende, während es bei ihm Dr. Kaiser nicht darum zu tun ist, aufzuklären, sondern einen politischen Prozess zu schaffen (Sehr richtig! links), für den sich Herr Dr. Kaiser das Urteil bereits fertig gemacht hat, trotzdem noch gar nicht feststeht, wieviel und was an den Dingen richtig ist. Wenn vorher gesagt worden ist, daß es Gewinnjahre gewesen ist, so ist doch festzustellen, daß Dr. Feigener außerordentlich anpruchlos gewesen ist. (Rechtens rechts.) Das soll seine Rechtfertigung sein, wir stimmen dem Antrage zu und wundern uns bloß über die Eile, die Sie (nach rechts) in diesem Falle zeigen. Denken Sie doch mal an Ihr Verhalten gegen Lubendorf und gegen den Minister Hermes, dessen Weingeschäfte durchaus nicht einwandfrei waren. Sie haben durchaus kein Recht, andere Korruption vorzuwerfen. Im alten Staate war die Korruption viel schlimmer. (Sehr richtig! links; Zwischenrufe rechts.) Nehmen Sie doch Ihren Nationalsozialismus vor, der auch Vorteile entgegennahm. Dr. Kaiser hat den alten Schimmel aufgeschüttelt, als er heute über die Beamtenpolitik gesprochen hat. Wenn Sie es öfters sagen, wird es deswegen nicht besser und vor allem auch nicht wahr. Die Personalpolitik, die vom Kabinett Feigener — unabhängig von der Person Feigener — geführt worden ist, ist von unserer Partei gebildet. In Bezug auf die Demokratisierung der Verwaltung ist nach uns wenig geschehen, und wir hätten es begrüßt, wenn auch in der Justiz ein gründliches Reinemachen — allerdings in anderem Sinne, als Sie es verstehen — möglich gewesen wäre. Bisher sind viel zu wenig Sozialdemokraten in die innere Verwaltung gekommen. Ihre Zahl entspricht bei weitem nicht dem Stärkeverhältnis unserer Partei. Sie (nach rechts) wollen einen politischen Standesprozess, seinen Akt der Gerechtigkeit, in der Hoffnung, daß der Prozess Ihren letzten Parteigang wieder etwas flott macht, wir bagagen sind für den Untersuchungsanspruch aus Reinlichkeitsgründen. (Beifall bei den Soc.)

Herr Wötcher (Komm.): Nachdem Dr. Feigener ein politischer Reichsminister ist, kann es nicht ausbleiben, daß sich auch die Angelegenheiten des Reichs gegen ihn erheben könnten. Dr. Feigener hat sich selbst erledigt durch den schamlosen Betrug, den er an der Arbeiterliste begangen hat. Das Vorgehen der Reichsregierung gegen Dr. Feigener ist der Ausdruck einer Vergeltungspolitik gegenüber einem unheimlichen politischen Gegner.

Der Antrag Kaiser wird einstimmig angenommen. Zuvor hat die Aufhebung der Einrichtung der politischen Staatsanwaltschaft gefordert wird, erfolgt Weiterberatung im Rechtsausschuss.

Nach Beratung einiger kleinerer Gesetzentwürfe werden die Ausschussentwürfe in Beratung genommen, die mit der

Reichswehr

in Zusammenhang stehen.

Der Reichsausschuss beantragt (insolge einer Zusatzentscheidung) den Antrag Vork auf Aufhebung des Verleumdungsgesetzes abzulehnen.

Derselbe Ausschuss beantragt, 1. die Errichtung eines Fonds zur Beschaffung der Hinterbliebenen- und Angehörigen der von der Reichswehr ermordeten und verwundeten Volksgenossen abzugeben, 2. die Regierung zu ersuchen, von der Reichsregierung zu fordern, daß sie den Angehörigen der bei dem Vorgehen der Reichsregierung Ermordeten und Verwundeten, b) den grüßlich Verwundeten usw. deren Angehörigen eine angemessene Entschädigung gewährt wird, abzugeben.

Unblich beantragt der Ausschuss, den Antrag auf Freilassung der von der Reichswehr ohne Grund Verhafteten sowie ihre materielle Entschädigung anzunehmen.

Herr Wötcher (Komm.) sagt, das Vorgehen der Reichswehr in Sachen sei so schändlich, daß es den Widerspruch jedes anständigen Menschen herausfordern muß. Vor dem Einmarsch der Reichswehr habe in Sachsen mehr Ruhe geherrscht als nachher. Die bürgerlichen Parteien hätten im Umfange erklärt, sie müßten die Anträge ablehnen, weil die Behauptungen nicht mit zweifelslosen Material belegt werden könnten. Sie (nach rechts) haben natürlich alles in Kauf genommen, daß der Feigenerausschuss zur Vereinfachung ihrer Nachprüfung aufrechterhalten wird. Seidem haben Sie auch viel mehr Mut als früher. Der Redner (ebenfalls wie der nachfolgende Herr Stiemert) bringt an der Hand von Briefen durch die Reichswehr Mißhandelter, deren Wichtigkeit durch Feigener und ähnliche Äußerungen erklärt werden, ein umfangreiches Material für schwere Mißhandlungen und Ausschreitungen von Reichswehren vor und sagt: Die weiße Schmach in Sachsen hat die schwarze Schmach der Franzosen im Ruhrgebiet übertrifft. (Ritz und Paraf rechts.) Ein Volk, das Hunger hat, wird durch die Raubzucht der Reichswehr nicht satt. Die Militärstruktur wird zerbrochen.

Herr Stiemert (Komm.) begründet mehrere Anträge seiner Fraktion, die sich mit dem Verhalten der Reichswehr bei der Besetzung der verschiedenen Industriegebiete Sachsens, der Verhaftung des Hrn. Schneller usw. beschäftigen. Das Schlimmste bei all den Mißhandlungen durch die Reichswehr, von denen besonders Lehrer betroffen wurden, sei gewesen, daß man auf gemeine Drohungen hin geschlagen und verhaftet hat, ohne zu untersuchen und zu prüfen. Wegen aller dieser Mißhandlungen werden die betroffenen Personen Strafantrag stellen. Das 11. Infanterie-Regiment — ein sächsisches Regiment — habe sich am allerstimmtesten benommen. Es seien Mißhandlungen vorgekommen, die ewig ein Schandmal für die junge Reichswehr bleiben werden. Während der Redner sein Parteimaterial vorbringt, kommt es wiederholt zu energigen Aufzählungen zwischen der Rechten und der Linken; der Präsident muß nach beiden Seiten Ordnungsrufe erteilen.)

Heute 6 1/2 Uhr ergreift das Wort Innenminister Reichmann:

Was sich in letzter Zeit in Sachsen ereignet hat, ist eine ununterbrochene Kette von Gewalttätigkeiten und Brutalitäten gegen die friedliebende Bevölkerung. Aus dem amtlichen Material ergibt sich, daß die Angelegenheiten der Reichswehr in Sachsen einmündigt ist, nicht erreicht worden ist, sondern daß vielmehr das Gegenteil durchgeführt wurde. Zu der Anfrage wegen der Verhaftung des Hrn. Schneller erklärt der Minister, zur Zeit nicht in der Lage zu sein, genäherte Auskunft geben zu können. Durch das Vorgehen des Reichskriegsministeriums ist der Nachrichtenapparat der Regierung gelähmt worden, weshalb ist das in der Rücksicht gesehen, die Durchführung im Lande nicht informieren zu lassen. Aber auch die Art, wie jetzt das Reichskriegsministerium den Nachrichtenapparat handhabt, muß der Kritik unterworfen werden, weil ein System geschaltet wird, die Bevölkerung mit gewissenhaftesten Nachrichten zu versehen. Eine Anzahl Fälle kann also heute nicht beantwortet werden. Was aber bereits amtlich vorliegt, ist schon hoheitstreu genug. Was sich in Sachsen abspielt, ist das System einer veralteten Diktatur, nicht etwa eine Diktatur des Generals Müller. Das von mir vorgeschlagene Material ist von der Regierung gemißachtet und nicht berücksichtigt worden. Seit der Besetzung Sachsens hat die Reichswehr fast überall Massenverhaftungen vorgenommen. Richtig ist, daß die Verhaftungen nicht auf Grund eines Befehls erfolgt sind, sondern auf Grund von ungeprüften Angaben fragwürdiger Personen. Das Vorgehen der Reichswehr richtet sich vornehmlich gegen Angehörige linksgerichteter Personen.

Es ist uns hier nicht möglich, über eine Reihe von Einzelfällen Bericht zu erstatten. Doch liegen die Dinge so, daß schon das, was wir als amtliche Ergebnisse hier mitteilen können und was auch ungeteilt werden muß, wirklich schlimm genug ist, es liegen da haarsträubende Einzelfälle vor. Von allen Dingen bedauert die

Regierung, durch dieses Vorgehen der Reichswehr, Kommandos auch nicht in der Lage zu sein, eine Zusammenstellung der Verwundeten und der toten Opfer zu geben. Ich muß mich darauf beschränken, daß die Dresden-Beilage berichtet worden ist, weil sie an der Hand von Zeitungsnachrichten eine Zusammenstellung gegeben hat, daß das Ergebnis dieser Reichswehrerhebung 84 Tote gewesen seien.

Trotz dieser Erörterung des Nachrichtenapparats liegt der Regierung eine außerordentliche Fülle von Material vor, das amtlich nachgeprüft worden ist.

Seit der Besetzung Sachsens hat die Reichswehr in den verschiedenen Teilen des Landes, fast überall, wo sie aufgetreten ist, Massenverhaftungen vorgenommen. In der Regel werden unmittelbar nach dem Einrücken der Soldaten in den Ort ein großer Teil der politisch linksgerichteten Bevölkerung festgenommen und Massenverhaftungen von Männern und Frauen der R. A. D. und der R. F. D. durchgeführt. Es ist richtig, daß die Verhaftungen grundsätzlich nicht auf Grund eines behördlichen Befehls, sondern unmittelbar durch die unteren militärischen Dienststellen (auf Grund ungeschützter Angaben von fragwürdigen Personen) festgenommen werden. (Sehr richtig! links.) Es liegen aber auch Berichte über das Spiel und Denunziantentum vor, dessen sich die Reichswehr bei der Ausführung ihrer Anordnungen bedient. Zutreffend ist, daß Festgenommen ohne Grund in brutale, rücksichtslos Weise mißhandelt und vergeblich worden sind.

Weiter trifft zu, daß die Festgenommenen in vielen Fällen nach anderen Orten gebracht worden sind, ohne daß sie und ihre Angehörigen wüßten, warum die Festnahme erfolgt, zum Teil von der Straßenseite weg und aus den Betrieben heraus, so daß dem einzelnen nicht Gelegenheit gegeben wurde, seine Angehörigen zu benachrichtigen. Denunzianten aus ihrem Verstand und ihrer Familie, die sie in Not zurücktrieben, ohne den Grund der Festnahme zu erfahren, wurden die langjährigsten gewöhnlich fortgeschritten und in die Gefängnisse geworfen; in den meisten Fällen hat sogar der Oberbefehlshaber absehen müssen, nachträglich die Befehle zu erteilen. Die Festgenommenen wurden bisweilen erst nach Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt und mittelst nach ihrer Heimat zurückgeführt, wo sie in der Regel ihre berufliche Stellung verloren haben und erwerbslos auf der Straße lagen.

Was die Entschädigung anlangt, die im Antrage verlangt wird, so ist die Entschädigung Sache des Reiches, denn die Reichswehr handelt im Auftrag des Reiches. Da eine große Anzahl festgenommen worden ist, wird die Schadenersatzsumme ganz erheblich sein.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich nicht um vereinzelte verbrecherische Handlungen einzelner Reichswehrsoldaten handelt.

Ueber die in der vorliegenden Anfrage behandelten Vorgänge ist festgestellt worden, daß die Reichswehr sich

in den Industriegebieten unerhörte Ausschreitungen hat zukommen lassen. Ausführliche Berichte liegen insbesondere über Limbach und Oederan vor. In Limbach ergreift die Reichswehr sofort beim Einmarsch die stärksten Maßnahmen und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor, obwohl die dortige Bevölkerung ruhig und Besonnenheit wachte und sich nicht die geringsten Mißgriffe zuschreiben lassen. Einige Beispiele dafür:

Der Arbeiter Paul Schöffel, der der Aufforderung eines Reichswehrsoldaten, vom Stabe zu steigen, nicht sofort nachkam, wurde, wie Augenzeugen übereinstimmend berichten, auf eine Gefängniszelle von 16 Meter

wom Stabe geschossen.

Der Sommerbediente Mich eine Viertelstunde lang liegen, ohne daß ihm Hilfe gebracht wurde. Jeder, der sich ihm näherte, um ihm Hilfe zu bringen, wurde mit Erschießung bedroht. Er wurde dann nach dem Hotel Weiser gebracht, wo er auf Stroh gelegt wurde, ohne verbunden zu werden. Später ist er im Krankenhaus, eine Viertelstunde nach seinem Eintreffen, an der Verletzung gestorben.

Ein anderer Fall ist der Fall Tornow.

Nach begab mich am 1. November 1923, vormittags in der schönen Stunde, in den Gefängnis zum Gericht, um mit dem Verhafteten Willi Zimmermann ein Glas Bier zu trinken. Zimmermann wollte sich freiwillig stellen, weil Reichswehrsoldaten ihn vorher gefesselt hatten, während noch niemand gefesselt hatte. Als Zimmermann festgenommen wurde, rief er ein Reichswehrsoldat zu: Nimm deinen Iller aus der Schmatze! Da ich nicht inkohiert war, fühlte ich mich hierzu nicht verpflichtet und sagte: Ich habe keine Schmatze, ich habe einen Mund. Der Reichswehrsoldat rief mir nochmals zu: Du häßliche Schwein! Ein in der Nähe stehender Unteroffizier sprach: Ich ihm eins mit dem Kolben! Darauf verließ mich der Soldat

mit dem Gewehrlofen einen Stoß in die Rippen, so daß ich auf die Seite taumelte. Dann mußte ich mich im Hofe des Gefängnisses in Reich und Gleich mit anstellen und stillstehen. Ich habe ununterbrochen von 10 bis 4 Uhr stillstehen müssen. Weil ich dann nicht mehr ruhig stehen konnte, wurde ich mit dem Gesicht nach dem Pferdewall aufgestellt und mußte die Hände in den Rücken legen. Weil ich dort auch anfang, zu taumeln, wies mich der Offizier, der am Pferdewall stand, an, mich wieder in Reich und Gleich aufzustellen. Dann mußte ich wieder stillstehen, bis einer kommandierte: Müßt euch! Während des Müßens stellte ich ein Bein auf die Biertonne, die im Hofe stand, um besser stehen zu können. Da kam ein Posten und schlug mich von hinten an den Unterschenkel. Dann wurde ich verhaftet.

Es ist uns aus Schatznachricht gemeldet worden: Es sind sechs Personen durch den Antimann verhaftet worden. Sie wurden

an die Pferde gebunden und nach Grünhain transportiert. Dieser Vorgang hat in den weitesten Volksteilen große Empörung hervorgerufen. (Hr. Elrod: Daß man von den Franzosen nicht gewöhnt.) Die Ursache der behaupteten Vorgänge ist zu suchen in dem Haffe eines Teiles der Reichswehr gegen die politisch links eingestellten Bevölkerungsteile und in der

wüklerischen, ersetzenden Arbeit der Mitglieder der sogenannten schwarzen Reichswehr,

innerhalb deren Verbänden zu suchen ist. Diese Leute haben sich nach dem vorliegenden Material ganz besonders hervorgetan (Sehr richtig! links), ihrem Haß gegen die eigenen Volksgenossen, die andre politische Anschauungen haben, in der bestialischsten Weise Ausdruck zu verleihen. Ihrem Einfluß unterliegt ein großer Teil der auch bisher politisch neutralen Soldaten, systematisch beauftragt durch Offiziere werden die einzelnen Reichswehrverbände bearbeitet und gegen die Volksgenossen verhetzt, die eine andre politische Einstellung haben. Die berichteten Vorgänge zeigen ganz deutlich, in welcher hohem Maße die Reichswehr der Einwirkung jener Kreise bereits zum Opfer gefallen ist. Die Gefahr ist für die sachliche Durchführung besonders groß, weil zur Zeit die R. F. D. besteht, daß die Mitglieder der schwarzen Reichswehr in die sächsischen Gildspolizei aufgenommen werden und bei der Auswahl der Polizeibeamten (Sehr richtig! links.) Hr. Wötcher: Gehen die Weihen auch von der sächsischen Bevölkerung begahlt werden? Ueber die Bekämpfung der Gildspolizei wird der Landtag noch Gelegenheit haben, zu reden.

Die Regierung hat das in der vorliegenden Material der Reichsregierung, dem Reichsanwalt und dem Reichskriegsminister zur Kenntnis gegeben und mit allem Nachdruck Veranlassung gegen die Militärkommanden sächsischer Staatsanwaltschaften

Weiche mit Henko die Wäsche ein! Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen

Henko Henkels Wasch- und Bleich-Soda bewährt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche und Hausputz

Lehrlinge
 für unsere
Höntsch & Co.
 Dresden-Niedersedlitz.

Lehrlinge
 für unsere
 Schlosserei
 Giesserei
 Klempnerei
 Tischlerei
 werden zu Ostern gesucht.

Höntsch & Co.
 Dresden-Niedersedlitz.

Wieder-Verkäufer erhalten Rabatt!
Tabakbörse
 Arn Ledermann
 Am Fen 10. Tel. 4707

Metall-Korte Inh.: Willy August Korte
 20 Wettinerstraße 20
 kauft Zinn
 Silber Zink
 Platin Blei
 Dublce Kupfer
 Gebisse Messing
 Bruch

Naturreine, süße
Ausbruchweine
 Echte rein
Weinbrandweine
 Liköre Monopol
G. Spielhagen
 Weingroßhandlung
 Annenstraße 9
 Bautzner Str. 9.



Edelmetalle Drillich & Co.
 Inhaber Karl Drillich, Leo Grünberg
 Amalienstraße 24 ee Telephon 15084.

Neue-Welt-Kalender für 1924
 wieder eingetroffen!
 Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung und ihre Filialen

Buffalo Bill
 6 Episoden — 36 Akte
 Die größte Wild-West-Sensation!
 Ab Donnerstag
 II. Episode:
Rothäute
 Ein weiteres Abenteuer a. d. wildesten Westen
 original 6 Akte amerikanisch
Peggy und Brownie auf der Walze
 2 Akte Eine tolle amerikanische Lachpille 2 Akte
 Um 4 und 1/2 Uhr auch für Jugendliche.

Kammer-Lichtspiele
Spülapparate
 Klyso, Spülkannen, Schüsseln, Lehtöpfe, Kiblerspritze, Unterling, Ersatzteile
Frau Heusinger
 Am See 37
 Ecke Dippoldswalder Platz
 Durch die Drahtverhänge des Lebens
 W. Heimes
 Volksbuchhandlung.

Gasthof Wölfnitz
 Sonntag u. Freitag, den 29. u. 30. November, 7 1/2 Uhr:
Oscar-Jungbühnel-Sänger
 Vorkauf: Gasthof Wölfnitz

Constantia
 Sinen 19 u. 20. — Jeden Donnerstag u. Sonntag
Die großen beliebt. Balltage
 Nächstes Künstlerkonzert. Saal auf gebäude
 Vorstellungen auf die Dresdner Volksbühne
 mit sämtlichen Varietätentänzerinnen
 sowie Klavierspielerinnen von Interenten beim
 Kapellmeister Paul Wenzel, Rangebau
 Kaiser-Wilhelm-Straße 12, II.

Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen, G.m.b.H.
 Dresden, Bismarckplatz 11
 Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. — Die Verkaufsgesellschaft der Mühlenzentralen Sachsen/Schlesien, G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger Qualität

Kaufhaus Gebh. Kohl & Co.
 Freiburger Platz 22/24
 Sämtliche Textilwaren
 Spez.-Abt.: Damenhüte
 Sehr große Auswahl, billige Preise

Residenz Kaufhaus
 G. m. b. H.
 Prager, Ecke Waisenhausstrasse
Das Kaufhaus für Alle

Paul B. Hübner
 Bureau u. Ausstellung: Carolastrasse 6, am Hauptbahnhof
 Telefon 17 907. — Zweiglager: Hofmühlstrasse 11-16
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge

D. Gleicher & Co.
 Leinen- und Baumwollwaren-Großhandel
 Amalienstraße 6, I. Telefon 28 731

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
 Zentralverwaltung Dresden Bismarckplatz 1
 (Wilhelm Kaufmann-Haus)
 „Wekate“-Strick-, Stopf- und Häkelgarne
 Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako
 Louisiana- und Mako-Zwirne
 Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gurtill-Teppiche
 und Läufer

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
 Ohne Gewähr! A (Musterschutz.)
Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach
 Vorort Meissen: 2.15, 4.04, 4.56 (w.), 5.03, 5.12, 5.36 (w.), 5.47, 5.53, 6.25, 6.57 (w.), 7.26, 7.32 (w.), 8. Radeb., 8.43, 9. 43, 10.26, 11.26, 11.55, 12.26 (w. b. Coswig), 12.48 (w.), 12.57 (n. a. i. W. jed. W.), 1.05, 2.15, 2.31, 3.06 (w., aus a. i. W. jed. W.), 3.23, 3.45 (bis Coswig), 4.06, 4.33 (aus am letzt. W. jed. W.), 4.40, 4.56, 5.30 (w.) 5.35, 6.26, 7.23, 7.25, 8.10, 8.25, 9.10, 9.25 (w. bis Coswig), 10.33, 10.54, 11.23.
 Vorort Radeb. bis Pirna: 4.05 (ab Oktbr. n. w.), 5.23, 5.40 (w.), 6.10, 6.17, 6.32 (w.), 6.44 (w.), 7.00 (w.), 7.19 (L.), 7.18, 8.07, 8.30, 8.56 (w.), 10.35, 12.29, 1.11, 1.18, 1.47 (nur am letzt. W. jed. W.), 2.03, 3.12, 3.52, 3.56 (w.), 4.15 (w. bis Niedersiedlitz), 4.40, 4.55 (w.), 5.43, 6.06, 6.15 (w.), 7.15, 7.44, 7.52, 9.30 (w.), 10.06, 10.36, 11.50, 12.00.

Hedwig Heer
 41 Prager Strasse 41
Kleider - Mäntel - Kostüme - Pelze

Franz Pokorny
 Dresden-A., Wettinerstrasse 14
 Telegramm-Adresse: Textilpokorny — Fernsprecher: 17515
Baumwollwaren - Großhandlung
 — Eigene Ausrüstung —

Blusen-Ecke *Blusen Kleider Röcke*
 Soestrasse, Ecke Webergasse
 am Altmarkt

Asberg Maßgebendes Kaufhaus für Damen- und Herren-Mode-Artikel
 Wildrufferstrasse 6-8-10.

Trinkt Thürmer-Kaffee!
 Verlangt Original-Packungen!

Café Altmarkt
 Nachmittags-Konzert mit Stimmungs-Einlage

Triumph Buttermilch-Soße
 Ein Schönheits- u. Tolleffemittel ohne Gleichen.
 Kennwort: Spreewaldmüdel
 W.H. Geisler, G.m.b.H. Dresden-N. Marktstraße

Strumpfwaren
 Trikotagen
 Garne
 Wollwaren

Gebrüder Leupold
 Marienstrasse 1

Posner & Co. Prager Straße 32
Maßschneiderei

Siegmund Lang
 Dresden, Marschallstraße 1
Tuchgroßhandlung

Messow & Waldschmidt
 Wildruffer Straße 11-13
 Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein
 23 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Wollwarenhaus „Saxonia“
 Dresden, Wildruffer Strasse 46
 Spezialhaus für Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, Wollwaren, Wäsche, Schürzen, Herren-Artikel, Strick- u. Häkelgarne

Curt Arndt
 Trikotagen-, Baumwollwaren-Großhandlung, Fabriklager der Waschelei „Saxonia“, A.-G., Pulsnitz i. Sa.
 Neumarkt 11 Tel. 18 652

Wäschefabrik Hugo Nathansohn
 Palmstraße 1 DRESDEN Palmstraße 1
 Damenhemden — Beinkleider — Fräsekröcke

Die „Exekutive“ gegen Sachsen

Erklärung der Genossen Schmidt, Rabbruch und Sellmann

In der Presse wird vielfach behauptet, die sozialdemokratischen Reichsminister hätten der „Reichsexekutive“ gegen Sachsen und der Ablegung der sächsischen Regierung durch den Reichskommissar Dr. Feinze zugestimmt. Die früheren Minister Schmidt, Rabbruch und Sellmann verbreiten deshalb durch den Soz. Parlamentsdienst folgende Darstellung der Tatsachen:

Vom ersten Tage der Regierung Stresemann an wurden der Reichszentralrat und der Reichsinnenminister mit Telegrammen sächsischer Industrieller überschüttet und von Abordnungen aufgejagt, die Schutz gegen terroristische Aktionen verlangten. Der Reichsminister des Innern bewies die Befehlsführer regelmäßig an die sächsische Regierung, der die Polizei unterstehe, und wandte sich regelmäßig in jedem einzelnen Besondere an die sächsische Regierung um Unterstützung und nötigenfalls Abhilfe. Das Verlangen sächsischer Industrieller, Reichswehr für Sachsen anzufordern, lehnte der Reichsinnenminister jedesmal mit der Begründung ab, daß die deutschen Länder von der Reichsregierung nur nach gleichem Recht gemessen werden dürfen. Auch in andern Ländern habe sich die Polizei nicht immer Unruhen gemessen gegnigt; auch in andern Ländern, so in Bayern, beschwerten sich bestimmte Bevölkerungsteile über verfassungswidrige Zustände. Die Reichsregierung müsse sich zunächst mit einer Einwirkung auf die verfassungsmäßigen Landesregierungen beschränken. Die Reichsexekutive könne nur als letztes Mittel in Anwendung kommen.

Die Lage veränderte sich, als der militärische Ausnahmezustand für dessen Verkündung so gut wie ausschließlich die Diktatur Bayern und die bedrohlichen Bewegungen rechtsradikaler Organisationen in den preussischen Nordostprovinzen entscheidend waren erklärt war. Nun konnte der Inhaber der vollziehenden Gewalt nach seinem Belieben die Reichswehr marschieren lassen. Ein Kabinettsbeschluss über die Verstärkung der Reichswehr in Sachsen wurde nicht gefaßt. Bevor der Reichswehrminister seine Truppenverstärkungen nach Sachsen sandte, verlangte der Reichsminister des Innern in Gegenwart des Reichspräsidenten, des Reichszentralrats und des Reichswehrministers die Zusage, daß sich diese Truppenbewegungen nur gegen Ruhestörungen und Angriffe auf die Verfassung richten sollten. Dies wurde zugesagt und ferner erklärt, daß der Reichswehrminister Anweisung erhalte, sich gegenüber der Zivilbehörde möglichst zurückhalten. Der Reichswehrminister wies aber darauf hin, daß schon seit längerer Zeit sich sächsische Industrielle um Hilfe gegen Terrorakte nach Bayern gewandt hätten. Es bestände Gefahr, daß bayerische Reichstruppen nach Sachsen vordringen, um dort Ordnung zu schaffen. Darum sei es notwendig, die sächsisch-bayerische Grenze zu schließen. Von einer Besetzung ganz Sachsens war niemals die Rede, vielmehr sprach der Reichswehrminister ebenfalls nur von der Besetzung weniger angeleglicher Unruheherde. Von der Absicht eines Vorgehens gegen die sächsische Regierung und ihre verfassungsmäßigen Organe war damals gleichfalls keine Rede. Der Reichswehrminister des Innern hat im vorstehend geschilderten Sinne im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Befehle der beiden mitteldeutschen Länder über Anrede und Ziele der Reichswehrverstärkungen unterrichtet.

Am 27. Oktober gab der Reichswehrminister als Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reichskabinettsrat öffentlich bekannt, daß er noch an demselben Tage einen Reichskommissar für Sachsen ernennen werde, der die Regierung Feinze suspendieren und die Parteien des sächsischen Landtages auflösen solle, sofort eine Regierung ohne Kommunisten zu bilden. Der Reichswehrminister fügte hinzu, er tue dies auf eigene Verantwortung, jedoch teile er dem Kabinettsrat seine Absicht mit. Er begründete sein Vorgehen mit Reden kommunistischer Minister, die zum gewalttätigen Sturz der Reichsregierung und der Reichsverfassung aufgerufen, und mit einem auch von der kommunistischen Landtagsfraktion Sachsen unterzeichneten Flugblatt, das in dem gleichen Geiste gehalten war. Die Sozialdemokraten erklärten sich insbesondere mit Rücksicht auf das in der Tat ganz unerhörte Flugblatt damit einverstanden, daß die sächsische Regierung aufgefördert werde, sich von den verfassungswidrigen kommunistischen Ministern zu trennen, ebenso wie an demselben Tage die bayerische Regierung von dem Reichszentralrat brieflich aufgefordert wurde, den Generalbeschluss zu entlassen und die verfassungsmäßige Befehlsgewalt der Reichswehr wieder herzustellen. Der Vorschlag des Reichswehrministers aber, der schon in einem früheren Briefe an die sächsische Regierung vorlag, wurde von uns fundenlang mit großer Entschiedenheit bekämpft. Die Aussprache spitzte sich so zu, daß die Kabinettsregierung auf eine Stunde unterbrochen und der Kanzler, der die Sitzung auf einem Besuche bei einem ausländischen Diplomaten verlassen hatte, herbeigeholt wurde. In der Pause begaben sich die sozialdemokratischen Minister, die schon im Kabinettsrat darauf hingewiesen hatten, daß der Vorschlag des Reichswehrministers die Koalition gefährde, in den Reichstag, um der Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller und andern Mitgliedern des Fraktionsvorstandes den Ernst der Lage darzustellen. Die Minister sprachen die Absicht aus, gegenüber solchen

Zumutungen, die für die Partei untragbar seien, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Die Fraktionsvorsitzenden machten darauf aufmerksam, daß eine so schwerwiegende Entscheidung, wie der Austritt der Partei aus der Regierung, nur von der Fraktion getroffen werden könne. Bei der Übereröffnung der Kabinettsitzung lag ein Vermittlungsvorschlag vor, der sächsischen Regierung eine Frist von 24 Stunden zu stellen, und erst, wenn sie nicht zurückgetreten sei, den Reichskommissar zu ernennen. Ueber diesen Vorschlag wurde nicht abgestimmt. Den sozialdemokratischen Ministern kam es, wie sie ausdrücklich erklärten, darauf an, die sofortige Ernennung des Reichskommissars zu verhindern und Zeit zu Verhandlungen mit ihren Dresdener Parteigenossen zu gewinnen. Es eilten denn auch sofort Schmidt und Rabbruch mit einigen andern Genossen nach Dresden. Inzwischen hatte der Reichszentralrat an den sächsischen Ministerpräsidenten einen Brief gerichtet, dessen Wortlaut dem Kabinettsrat nicht vorgelegen hat. Der entscheidende Passus dieses Briefes lautet:

„Ich ersuche Sie, mir über den Rücktritt der Regierung innerhalb des morgigen Tages, den 28. Oktober, Nachricht zu geben. Falls eine Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung kommunistischer Mitglieder nicht sofort herbeigeführt und dadurch die Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Landes weiter gefährdet werden sollte, wird der Inhaber der vollziehenden Gewalt einen Reichskommissar bestellen, der die Verwaltung des Landes bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in die Hand nimmt.“

Schließlich ging der Reichszentralrat doch einen etwas andern Weg, indem er sich eine allgemeine Ermächtigung zum Vorgehen gegen die sächsische Regierung von dem Reichspräsidenten geben ließ. Weber an der Verordnung, nach der Ernennung des Reichskommissars hat ein sozialdemokratischer Minister zugewilligt. Auch genannen die Genossen Gradnauer und Rabbruch, die sich nach ihrer Rückkehr aus Dresden noch in der Nacht vom 28. zum 29. Oktober zum Reichszentralrat begaben, den Einwand, daß entscheidende Schritte des Reichskommissars vor Diensten nicht erfolgen würden. Als am Montag den 29. Oktober, mittags, das Kabinettsrat zusammentrat, erhoben die sozialdemokratischen Minister, wie eine Stunde vorher schon Weis und Müller in der Parteiführersbesprechung, gegen die Ernennung Feinzes Einspruch. Der Reichszentralrat Dr. Stresemann erklärte, daß der Reichskommissar zwar ernannt sei, aber noch keine Instruktion für sein Vorgehen habe. Der Reichszentralrat wolle erst telefonisch sich mit dem Reichskommissar über die weiteren Schritte verständigen. Jedenfalls müsse sich der Reichskommissar zurückhalten und abwarten, ob die zu neuen Vermittlungsversuchen nach Dresden geleiteten sozialdemokratischen und demokratischen Führer Erfolg hätten. Nach ebe der Reichszentralrat, verändert durch mehrere Bestimmungen, mit Dr. Feinze in telefonischer Verbindung kam, hatte dieser ohne jede Instruktion des Reichszentralrats und sogar vor Verfassung der Verordnung des Reichspräsidenten die Reichswehr marschieren und die sächsischen Minister absetzen lassen. Sowohl der Reichspräsident wie der Reichszentralrat waren bei dem Eintreffen der telefonischen Nachrichten über die Reichswehraktion vor und in den sächsischen Ministerien äußerst überrascht. Die sozialdemokratischen Minister gaben noch in derselben Stunde die Erklärung ab, daß sie sich als in Dimission betrachteten und nicht zweifeln, daß die Reichslandfraktion die Zurückziehung der sozialdemokratischen Minister beschließen werde.

Sachsen

Verleumdungen

In dem Dresdener Centrumblatt, der Sächsischen Volkszeitung, und im Berliner Tag hat Herr Bruno Sobow, der sich seit langem in den Wäldern der berüchtigtesten Parteiverhörungen, so auch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung und in der Kölnischen Zeitung, als der krasseste Verbreiter der schmutzigen Lathrennachrichten über Sachsen und der ähstlichsten Dehnungen gegen die Regierung Sachsens betätigt hat, einen besonders niederträchtigen Artikel zum „Reiniger“ veröffentlicht. Er versucht darin die Anschuldigungen gegen Dr. Feinze, die vorerst nur Anschuldigungen und noch durch nichts erwiesen sind, zu einem angeblichen Zusammenbruch der Sozialdemokratie auszuwickeln. Das braucht nicht zurückgewiesen zu werden, da dieses Verfahren in den Augen jedes denkenden Menschen selbst rüchert. Ebenso wenig lohnt sich alle die Unrichtigkeiten, Entstellungen und Niederträchtigkeiten, die der Herr über die Parteiverhörungen der sozialistischen Bewegung vorbringt, im einzelnen zu feingebieren. Anzumerken aber werden muß das Inkonsequente des Sobow, die Sozialisten und Demokraten, die unter Dr. Feinzer als Justizminister und Ministerpräsident in die sächsische Verwaltung berufen wurden, in Deutschland und sogar ohne jeden Versuch eines Beweises als Feindmischelumpen, als Leute ziemlich brüchigen Rufes hinzustellen, als Menschen, die dem (unmöglich) bestschickten Dr. Feinzer politisch-ideologisch sind, deren Ehrenbild reichlich brüchig geworden und denen der Boden in ihrer Heimat etwas heiß unter ihren Füßen geworden war. In diesem Zusammen-

hange wird auch die heimtückische Anbeutung gemacht, Dr. Feinzer sei „ja keine Eingetragene, sondern nur eine besondere Leuchte — lucus a non lucendo — unter einer großen Anzahl kleinerer Leuchten und es kann mit Bestimmtheit schon heute gesagt werden, daß eine große Reihe weiterer Skandale, allerdings hauptsächlich nicht von diesem Neffenausmaß, folgen werden.“

Die sächsische Regierung, die ein Interesse an der Integrität ihrer Beamten hat, wird die einer solchen Verleumdung eines erheblichen Teils der Beamtenschaft nicht stillschweigend zu sehen lassen, fordert den Herrn Bruno Sobow, der die Behauptungen in seinem Artikel „mit Bestimmtheit“ aufstellt, hiermit auf, seine Verleumdungen zu substantiieren, die Namen derjenigen Beamten zu nennen, auf die seine Behauptungen zutreffen sollen. Tut der Herr Bruno Sobow das nicht, so ist es vor aller Welt als ein gewöhnlicher Verleumdungsfall zu bezeichnen.

In den letzten Tagen sind in einer gewissen Presse gegen den Ministerialdirektor Freund, den Leiter der 4. Abteilung des Ministeriums des Innern, andauernde beleidigende Verleumdungen verbreitet worden, für die aber nicht der geringste Beweis eines Beweises unterzogen wird. Gegen einen Beamten, der sich im Gespräch zum Belebter derartiger Verleumdungen gegen Ministerialdirektor Freund gemeldet hat, hat dieser das Disziplinarverfahren beantragt.

Die Reichswehr bleibt

Uns wird mitgeteilt, daß bis 28. November der Abtransport der zur Zeit in Sachsen befindlichen Reichswehrverbände beendet sei. Die Nachricht trifft in dieser Form nicht zu. Bis jetzt sind aus dem Freistaat Sachsen einzelne Infanterie, Artillerie, Pionier- und Teile der Infanterie abbeordert worden. Es verbleiben jedoch noch auf absehbare Zeit genügend Kräfte in Süddeutschland. Ihre Aufgabe wird sobald die Disziplinpolizei übernehmen, deren Aufstellung recht gute Fortschritte macht.

Das gültige Vorkaufrecht

Das Reichsgericht, 5. Zivilsenat, hat in seinem Urteil V 796/1922 vom 17. Oktober 1923 ausgesprochen, daß das durch das sächsische Gesetz vom 20. November 1920 eingeführte Vorkaufrecht rechtswirksam ist. Das Gesetz vom 20. November 1923 über den Verkehr mit Grundstücken macht die Veräußerung von Grundstücken an gemeinnützige Vereine und spricht den Städten und Bezirksverbänden bei Veräußerungen ein Vorkaufrecht zu, das an Siedlungsvereinigungen und Einzelgemeinden übertragen werden kann.

Dieses Urteil des Reichsgerichts ist von großer Bedeutung. Durch das im Urteil erwähnte sächsische Gesetz wird den sächsischen Gemeinden die Möglichkeit gegeben, in großstädtischer Weise Bodenpolitik zu treiben. In diesen Fällen hatten die Gemeinden von dem Vorkaufrecht Gebrauch gemacht und Grundstücke auf Grund dieses Gesetzes erworben. Die Gültigkeit der sächsischen Vorschriften war in letzter Zeit in mehreren Prozessen angefochten worden mit der Behauptung, daß das Vorkaufrecht nach der Reichsverfassung nicht zu Recht bestehe. Jetzt hat sich das Reichsgericht ebenso wie schon vorher das sächsische Oberlandesgericht auf den Standpunkt gestellt, daß die Bestimmungen über das Vorkaufrecht rechtskräftig sind.

Die Bautätigkeit im 3. Vierteljahr 1923

Das Sächsische Statistische Landesamt teilt mit: Die Bautätigkeit steht nach wie vor im Zeichen des wirtschaftlichen Niedrucks. Der Kleinbau- und der gemeinnützige Bau herrschen vor. Im Freistaat Sachsen wurden im 3. Vierteljahr 1923 249 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Regierungsbezirken Dresden 68, Chemnitz 124, Dresden 106, Leipzig 64 und Zwickau 70. Diese 429 Neubauten von denen 400 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 1098 Wohnungen enthalten. Aufgebaut wurden 687 Baugenehmigungen für Lms-, An- und Aufbauten mit insgesamt 514 Wohnungen erteilt, von denen 28 Lot- und Behelfsbauten mit 30 Wohnungen sein werden.

Kaufgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 231 Neubauten mit 688 Wohnungen. Unter den Bauten befanden sich 73 mit einem und 124 mit Wohnungseinheiten und unter den Wohnungen 21 mit zwei, 132 mit drei, 807 mit vier und 140 mit fünf Wohnräumen. 214 Neubauten waren Wohnhäuser, von denen 118 nur eine Wohnung, 29 zwei Wohnungen enthielten, also Ein- bzw. Zweifamilienhäuser waren. Weiterhin befanden sich unter den abgenommenen Neubauten 128 gemeinnütziger Art. Durch Umbauten wurden 513 Wohnungen gewonnen, darunter 47 durch Lot- und Behelfsbauten.

An Gebäudeabgängen waren im vergangenen Vierteljahr fünf Häuser mit sechs Wohnungen zu verzeichnen, so daß die Bautätigkeit insgesamt einen Zuwachs von 1200 Wohnungen (Vorvierteljahr 1924) erbrachte; davon entfielen auf die Städte: Chemnitz 64, Dresden 148, Leipzig 219, Zwickau 26 und Zwickau 34.

Berücksichtigt für Befangene in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenanstalten. Der für die Verpflegung eines Gefangenen in den Gerichtsgefängnissen und Gefangenenanstalten zu erhebende Satz ist vom Justizministerium vom 15. November 1923 an auf 75 Milliarden Mark täglich bestimmt worden.

Gleichstellung der Kandidaten des höheren Schulamts und der Pädagogik. Dem Landtage ist eine Vorlage ausgegangen, nach der Lehrer, die die pädagogische Prüfung abgelegt haben, hinsichtlich ihrer Anstellungs- und Verordnungsbarkeit an höheren Lehranstalten den Lehrern gleichgestellt werden sollen, die die Prüfung für das höhere Schulamt bestanden haben.

und begann auf sie zuzulaufen. Wölfling hoben sie, wie ein Dugend höhere, graue Wölfe über den Schnee springend sich im rechten Winkel der Bahn näherten und ihm den Rücken abhimmten. Augenblicklich verhielt sich die Scheu und die spielerische Laune der Wölfin. Wild knurrend sprang sie auf Einohr los. Er parierte den Angriff mit der Schulter und versuchte, da ihm der gerade Rückzug zum Schlitzen abgegriffen war, im Bogen dahin zu gelangen. Allein immer mehr Wölfe erschienen und nahmen die Verfolgung auf, während die Wölfin nur wenige Schritte hinter ihm herließ.

„Wo willst du hin?“ fragte Heinrich plötzlich und legte die Hand auf den Arm des Gefährten. Bill rief sich los. „Ich kann das nicht länger mit ansehen.“ sagte er. „Sie sollen keinen von den Hunden mehr haben, wenn ich's verhindern kann.“ Mit der Flinte in der Hand sprang er in's Gebüsch neben der Bahn. Seine Absicht war klar genug. Er wollte den Bogen, den Einohr beschrieb, noch vor dessen Verfolgern herühren, und er hoffte, mit der Flinte in der Hand und am hellen Licht des Tages würde es ihm möglich sein, den Wölfen Furcht einzujagen und den Hund zu retten.

„Höre, Bill.“ rief ihm Heinrich nach. „set vorsichtig. Wage dich nicht zu weit vor!“

Heinrich setzte sich auf den Schlitten und wartete, für ihn war weiter nichts zu tun. Bill war ihm gänzlich aus dem Gesicht verschwunden, aber er konnte Einohr sehen, wie er hin und wieder im Gebüsch oder hinter den Lannen verhielt und wieder zum Vorschein kam. Heinrich hielt das Schicksal des Hundes für hoffnungslos und dieser schien sich seiner Besorg vollkommen bewußt zu sein, denn er rannte in dem weiten Bogen, während des Rubel Wölfe den inneren und kleineren Kreis beschrieb. Es war eine vergebliche Hoffnung, daß Einohr über die Verfolger einen so großen Vorsprung gewinnen würde, daß er an ihnen vorbei und quer zum Schlitten gelangen konnte. Rasch näherten sich die verschiedenen Linien dem verhängnisvollen Punkte. Draußen im Schnee, von Bäumen und Gebüsch verdeckt, das wachte Heinrich, waren die Wölfe mit Einohr und Bill zusammengekommen. Nur zu schnell, viel schneller als er erwartet hatte, war es geschehen.

(Fortsetzung folgt)

Wolfsblut

Von Jack London

„Aber die Wölfe waren dreister geworden, und mehr als einmal wurden die Männer aus dem Schlafe geweckt, wenn jene so nahe kamen, daß die Hunde vor Angst und Schreck wild wurden. Dann war es notwendig, mehr Holz auf das Feuer zu werfen, um die strechen Angreifer in sicherer Entfernung zu halten.“

„Ich hab die Matrosen von Baifischen erzählen hören, die ein Schiff verfolgten.“ bemerkte Bill, als er, nachdem er das Feuer gehärt hatte, wieder unter die Decken kroch. „Diese Wölfe sind aber wie Haifische auf dem Lande. Sie verstehen ihr Geschäft besser als wir und folgen unsrer Spur nicht zum Vergnügen. Sie kriegen uns; sie kriegen uns ganz sicher, Heinrich.“

„Sie haben dich schon halb und halb, wenn du so redest.“ versetzte Heinrich ärgerlich. „Man ist schon halb besiegt, wenn man es eingesteht, und du bist halb gefressen, wenn du noch weiter so schwabst.“

„Sie haben bessere Leute als dich und mich gefriert.“ antwortete Bill.

„Ach, hör auf mit deinem Unken! Das bekommt einer auf die Dauer fait.“

Heinrich drehte sich verdrießlich auf die Seite, wunderte sich jedoch, daß Bill nicht böse wurde. Das sah ihm nicht ähnlich, denn ein solches Wort kränkte ihn leicht. Heinrich dachte noch lange vor dem Einwickeln darüber nach, und sein letzter Gedanke war: „Es läßt sich nicht leugnen, Bill ist schließlich trübselig gestimmt. Ich werd ihn morgen ein bißchen aufheitern müssen.“

Heulender Hunger

Der Tag begann günstig. Kein Hund war in der Nacht verschunden, und in besserer Stimmung begaben sich die Männer auf die Fahrt durch das Schneeland, die Dunkelheit und die Kälte. Bill schien die trüben Ahnungen der letzten Nacht vergessen zu haben und scherzte und sprachte sogar mit

den Hunden, die um die Mittagszeit den Schlitten an einer kleinen Wegstelle umgeworfen hatten.

Die Verwirrung war fürchterlich. Der Schlitten war zwischen einem Baumstamm und einem ungeheuren Felsblock eingeklemmt und noch dazu um und um geschert. Die Männer waren gezwungen, die Hunde auszuspannen, und als sie sich über den Schlitten beugten, um ihn aufzurichten, bemerkte Heinrich, daß Einohr zur Seite schlich.

„Hierher, Einohr!“ rief er ihm zu, indem er sich aufrichtete und nach dem Hunde umwandte. Aber Einohr begann über den Schnee zu laufen, indem er die Stricke hinter sich herschleppte, denn auf der zurückgelegten Bahn stand die Wölfin und wartete auf ihn. Als er ihr näher kam, wurde er plötzlich vorsichtig. Anstatt zu laufen, machte er kurze, zierliche Schritte und blieb dann stehen. Er betrachtete sie aufmerksam und misstrauisch, doch voller Verlangen. Sie schien ihm zuzulächeln, indem sie ihm die Fäuste in mehr schmeichelnder als drohender Weise zeigte. Sie machte spielend ein paar Schritte auf ihn zu und blieb dann stehen. Einohr ging näher, immer noch auf der Hut, mit gesenkten Ohren, erhobenen Schwanz und den Kopf hoch in der Luft. Er machte den Versuch, sie zu betrüppern, aber sie sprang über wie Spielzeug rückwärts, und jedesmal, wenn er sich näherte, wich sie zurück und lockte ihn so Schritt für Schritt aus der Sicherheit der menschlichen Gefährten. Einmal, als ob eine unbestimmte Warnung ihm durch den Kopf geschossen wäre, blickte er sich nach dem umgeworfenen Schlitten, den Gefährten und den beiden Männern um, die ihm fortwährend zuriefen. Allein was auch immer in seinem Geiste vorgehen mochte, es wurde durch die Wölfin zertrümmert, die auf ihn zukam, ihm einen Augenblick beknüpfelte und dann wieder über ihn hinweg, als er sich von neuem ihr näherte.

Mittlerweile hatte sich Bill der Wölfin erinnert, die eingeklemmt unter dem umgeworfenen Schlitten lag, doch bis Heinrich ihm geholfen hatte, denselben aufzurichten, standen Einohr und die Wölfin dicht beisammen, und die Entfernung war für einen Schuß zu groß.

Zu spät erst sah Einohr seinen Fehler ein. Bevor die Männer sehen konnten, was verging, hatte er sich umgedreht

und begann auf sie zuzulaufen. Wölfling hoben sie, wie ein Dugend höhere, graue Wölfe über den Schnee springend sich im rechten Winkel der Bahn näherten und ihm den Rücken abhimmten. Augenblicklich verhielt sich die Scheu und die spielerische Laune der Wölfin. Wild knurrend sprang sie auf Einohr los. Er parierte den Angriff mit der Schulter und versuchte, da ihm der gerade Rückzug zum Schlitzen abgegriffen war, im Bogen dahin zu gelangen. Allein immer mehr Wölfe erschienen und nahmen die Verfolgung auf, während die Wölfin nur wenige Schritte hinter ihm herließ. „Wo willst du hin?“ fragte Heinrich plötzlich und legte die Hand auf den Arm des Gefährten. Bill rief sich los. „Ich kann das nicht länger mit ansehen.“ sagte er. „Sie sollen keinen von den Hunden mehr haben, wenn ich's verhindern kann.“ Mit der Flinte in der Hand sprang er in's Gebüsch neben der Bahn. Seine Absicht war klar genug. Er wollte den Bogen, den Einohr beschrieb, noch vor dessen Verfolgern herühren, und er hoffte, mit der Flinte in der Hand und am hellen Licht des Tages würde es ihm möglich sein, den Wölfen Furcht einzujagen und den Hund zu retten. „Höre, Bill.“ rief ihm Heinrich nach. „set vorsichtig. Wage dich nicht zu weit vor!“

(Fortsetzung folgt)

Seite 4
tel
utz
ion!
e
esten
ze
he.
iele
Volkst
den 2
mel-Sänge
ntia
Balltag
Bollselim
H.
geuge
handel
zo
y
515
g
r
öcke
n-
in
allen
nia'
46
t
gur dov
532

Dresdner Chronik

Die Stadt im Schnee

Ueber Nacht fiel der erste Schnee. Gestern morgen sah unerwartet die ganze Stadt weiß aus. Phantastische Schneewandbilder und Schneemulanlagen in weiße Geirien, spitzige Kolosse und Barock mit häßlichen Blechgärten auf unmöglichen Dächern und letzte jeder Saumpitze, jeder Laterne, jedem Denkmal kokette oder komische Häubchen auf. Die Straßenbahnen blieben stehen. Die Radfahrer mußten ihre Räder schieben. Um die Felgen und Speichen plusterte sich der weiße Schnee wie die Blumen eines Korfodermuffs. Die Fußgänger stapften wie Weihnachtsmänner auf ungepflasterten Wegen.

Das war alles recht lustig. Aber nun liegt der Schnee den zweiten Tag. Draußen, in der freien Landschaft, leuchtet er noch in unbedecktem Glanz. Da ist er schön. Auch in den Gärten und Parks und in den stillen, kaum begangenen Winkeln der Stadt ist er schön. Aber auf den verkehrsreichen Straßen und Plätzen wird er lästig. Dort haben ihn Tritte und Rufe und Räder zu braunem Schlamm und zu harten, buckligen Blättern gestampft. Dort wird er zum Verkehrsbehinderung. Für alte und gebrechliche Menschen wird er sogar zur Gefahr. Dort muß er beseitigt werden.

Man hat ja auch damit begonnen. Aber wie! Zwei, drei, vier, fünf Mann mühen sich auf großen, verkehrsreichen Plätzen, auf unaufföhrlich begangenen und beschneuten Straßen, der Post Herr zu werden. Manchmal stoßern ganze zwei Mann allein auf einer Straße herum. Es kann lange dauern, ehe sie fertig werden. Inzwischen kann es von neuem schneien — sie haben beinahe eine Lebensstellung. Und dabei gibt es Tausende und aber Tausende von Erwerbslosen, die nach einer Verdienstmöglichkeit hungern. Gewiß ist das nicht Arbeit für jeden. Es gehört festes Schuhwerk dazu. Und Arme, die kräftig zugreifen können. Aber wieviele solcher Arme feiern untätig, wieviele Hände tun seit Monaten nichts anderes, als widerwillig die mageren Papiermark der Erwerbslosenunterstützung zählen.

Und gewiß kostet eine mit dieser Masse beschleungte Schneebeseitigung Geld. Viel Geld. Und viel Geld hat die Stadt nicht. Wer es mühte doch getan werden, was irgend möglich ist, um die Straßen für den Verkehr frei zu machen. Die Erwerbslosen werden die Gelegenheit, sich ein paar Worte zu verdienen, mit Freunden ergreifen. Und befreit muß der Schnee ja doch werden, so oder so. Es ist aber nötig, daß es schneller geschieht!

Die Tschechen in der Streichholzschachtel

Der Bittgenosse St. aus Niederseibitz hatte Anfang Januar 1923 von seiner in Wöhmen lebenden Mutter Tschechenkronen als Darlehen für sein Geschäft erhalten. Da seine Mutter das Geld wieder haben wollte, wechselte er am 11. März im Bureau des Dresdner Verkehrsvereins einen Schein über 1000 Tschechenkronen um, fuhr mit der Bahn bis Langenlössen und wanderte von dort über Baum nach der Grenze, die er ohne Paß überschreiten wollte, um seiner Mutter selbst das Geld zu bringen. Kurz vor der Grenze kamen ihm zwei Männer entgegen, die ihn zuriefen: Geh weg, da kommen Grenzler! Im nächsten Augenblick sah er auch schon zwei sächsische Zollbeamte mit einem großen Hund auf sich zukommen. St. sprang schnell in den Wald und versteckte sich im Gebüsch, wurde aber entdeckt und festgenommen, nachdem er noch rasch das Papiergeld in eine Streichholzschachtel getan und diese unter dem Rock verbuddelt hatte. Als der Hund das Geld aufdeckte, gab er zu, daß er nach Wöhmen wollte. Das Landgericht hat ihn wegen unbefugten Grenzübertritts und wegen verbotener Kapitalflucht zu 800 000 M. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurden die bei ihm vorgefundenen 1221 Tschechenkronen als dem Staate verfallen erklärt. Mit der Revision machte der Angeklagte geltend, er habe die Kronen für sein Geschäft nicht gebraucht, sondern bloß aufbewahrt, mithin waren sie überhaupt nicht inländisches Kapital geworden. Im übrigen wollte der Angeklagte mit den deutschen Gesetzen nicht vertraut sein. Das Oberlandesgericht Dresden verwarf das Rechtsmittel. Der Angeklagte durfte auf seinen Fall die Tschechenkronen selbst mitnehmen, sondern sie nur durch Bankermittlung ins Ausland bringen. Inwieweit das Kapitalfluchtgesetz ist, der Steuerbehörde läckenlose Kenntnis vom Abgang jeglichen Kapitals ins Ausland zu geben.

Das aufgehobene Verbot. Genosse Edel, der an festgesetzten Verhandlungen mit dem Bezirkskommando wegen Aufhebung des Verbots der Dresdner Volkszeitung teilnahm, bitter uns, unsern gestrigen Artikel "Warum wir verboten wurden" dahin zu ergänzen, daß die Erklärung über die "linke Haltung der Dresdner Volkszeitung" von den Genossen Rahmann und Bethe abgegeben und ebenso auch nur von diesen Genossen verbindlich worden ist.

In den Leipz. Neuesten Nachrichten wird berichtet, die Aufhebung sei erfolgt, "nachdem seitens der Redaktion genügende Erklärungen abgegeben worden sind..." Können die N. N. nicht lesen? Die Redaktion der Dresdner Volkszeitung hat es ausdrücklich abgelehnt, die vom Bezirkskommando geforderte Erklärung abzugeben.

Die Stadtverordneten beschäftigten sich in ihrer Sitzung morgen Donnerstag u. a. mit der Gewährung einer Ermäßigung der städtischen Beherbergungssteuer für die Monate Dezember 1923 und Januar bis mit März 1924, einer Mitteilung des Rates, wonach er beschloßen habe, von dem öffentlichen Anschlag aller amtlichen Bekanntmachungen und Verordnungen in den Stadtteilen abzusehen. Des weiteren steht auf der Tagesordnung die künftige Verrechnung der Pflegekosten in den städtischen Krankenanstalten nach Goldmark, die Unterstützung des Frauenvereins zu Dresden zum Fortbetrieb seiner Anlagen bis zum 31. Oktober, Auflösung des Vereins und Übernahme seines Eigentums auf die Stadtgemeinde, Übernahme des Betriebes der beiden Kinderheilstätten als Verein durch den Dresdner Verein der Kinderfreunde vom 1. November 1923 an, die Neufestsetzung der Preise für Wannenböden usw. in den städtischen Volkshäusern. Außerdem wird sich das Kollegium mit der Währungsfrage auf der Übernahme der Volkshäuser der Arbeiterkassen auf die Stadt und der Unterstützung der Kinderheilstätten bei Weiterführung der Volkshäuser durch den Rat der Stadt, sowie mit einem Antrag, betreffend das Verbot der

Wer den Postbezug

noch nicht erneuert hat

muß das sofort beim Briefträger oder beim Postamt seines Wohnortes tun, allenfalls genügt der Entwurf eines Bestellzettels in den Briefkasten, da sonst eine Unterbrechung in der Lieferung eintritt. Der Bezugspreis für die Dresdner Volkszeitung beträgt für die Postbezieher im

Monat Dezember 5 M.

fest, ohne Nachzahlung.

Kommunistischen Partei Deutschlands, die Beschlagnahme deren Eigentums usw. befehlen.

Personalabbau und Schule. Die auf Einladung der Lehrkörper ihrer Schule versammelten Elternratmitglieder der Schulen der inneren Neustadt (4., 5., 13., 15., 22., 40., 56., 2. kath., Neust. Südsch.) nahmen nach dem Bericht eines Lehrers und nach Ausdrucks darüber folgende Entscheidung an: Die Elternratmitglieder der Schulen der inneren Neustadt sind vom nächsten Besuche über die Wirkungen des Personalabbaus auf die Schulen erfüllt. Sie fordern dringend von Regierung und Landtag, daß der vom Reich verordnete Personalabbau nicht schematisch auf Schulen, sondern auch nicht auf sein Volkswirtschaftswesen, vor allem aber nicht auf die Volksschule übertragen wird. Sie erwarten bestimmt, daß Regierung und Landtag die Schule schützen, zumal die Durchführung des Schulabbaugesetzes noch nicht einmal vollendet ist. Auf keinen Fall darf aus hygienischen, unterrichtlichen, erzieherischen und sozialen Gründen eine Erhöhung der Klassenstärke der Volksschulen über das jetzt gesetzlich gültige Maß zugelassen werden.

Weitere Preissteigerung im Großhandel. In der abgelaufenen Berichtswache (beginnend mit Sonnabend den 17. und endend mit Freitag den 23. November) hat der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung eine weitere Erhöhung erfahren. Der Goldmarkindex stieg von 141,76 in der Vorwoche auf 149,67, also um 5,6 Prozent. In der gleichen Zeit fiel der Rubelwert der Mark, gemessen am Dollar, dessen wochendurchschnittlicher Mittelskurs in Berlin von 1400 Milliarden auf 8228 Milliarden stieg, um 182 Prozent. Der Einwertungsfaktor der Mark (Dollarkurs) betrug 4,198 M. = 1 Dollar) stellte sich entsprechend auf 840,4 Milliarden. In Verbindung mit der Erhöhung der Goldpreise (siehe die Papiermarkindexzeiger über den amtlichen Berliner Kurs errechnet) eine die Devisenwertsteigerung übersteigende Steigerung. Das Verhältnis des Preisindex zum Dollarkursniveau in seiner Entwicklung zeigt nachstehende Tabelle:

(+) Steigerung	(-) Abnahme gegenüber der Vorwoche in d. G.	1. II.	10. II.	17. II.
		100	100	100
		100	100	100
		100	100	100
		100	100	100

Die Steigerung der Großhandelspreise der Gruppe Fleisch, Fisch usw. übertrifft mit einer Erhöhung um 19,7 Proz. in Goldmark und 201,6 Proz. in Papiermark alle andern Gruppen weit. In den andern Gruppen blieb die Steigerung hinter der Devisenwertsteigerung mehr oder weniger stark zurück.

Fleischpreise fünfmal so hoch wie im Frieden. Die Preise für frisches Fleisch machten in den letzten Wochen besonders große Sprünge nach oben, so daß sie, in Gold umgerechnet, vier bis fünfmal so hoch sind wie vor 1914. Der Preis für ein Pfund Lebensgewicht betrug für Rinder im Januar 200 bis 1600 M., im Mai 1000 bis 4400 M., im August 42 000 bis 86 000 M., im Oktober 250 000 bis 2 400 000 M. und Anfang November 4 000 000 bis 8 000 000 M. Für Schweinefleisch liegen folgende Zahlen vor: 500 bis 2000 M., 3000 bis 5200 M., 66 000 bis 1 400 000 M., 30 000 000 M. bis 18 Milliarden Mark, 5 Milliarden bis 80 Milliarden Mark. Der Grund für diese enorme Steigerung liegt in dem Bestreben der Händler zu suchen, Vieh nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel abzugeben. Dadurch reduziert sich der Auftrieb von Schlachtvieh. Selbstverständlich ist der Fleischkonsum der Bevölkerung in dem Maße gesunken, wie die Preise nach oben gingen, da durch den Mangel an Devisen ein Ersatz durch Gefrierfleisch nicht möglich war.

Tschecho-slowakische Hilfe für Dresden. Die unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters Wühler kirchlich ins Leben gerufene "Aidewerk" erhielt bereits von den verschiedensten Seiten reichliche Zuwendungen. Nicht nur die Dresdner Einwohnerchaft beteiligte sich hieran in erfreulicher Weise, sondern auch aus dem Auslande gehen die Spenden reichlich ein. So hat der Dresdner Fachzeitschriftenverleger Konrad Alfred Raab in der Tschecho-Slowakei Sammlungen für die Dresdner nothleidende Bevölkerung veranstalten lassen, die von großem Erfolge begleitet sind. Die erste Sendung — bestehend aus Kleidungsstücke, Schuhe, Strümpfe, Hemden, Mützen und Handtasche — ist, nachdem die tschecho-slowakische Regierung die Ausfuhrerlaubnis bereitwillig erteilt hat, schon in Dresden eingetroffen, während der baldige Eingang weiterer umfangreicher Sendungen bereits avisiert ist. Auch hätte die Sendung Herrn Oberbürgermeister Wühler zur Verfügung, der sie im Interesse der "Dresdner Aidewerk" bestens verwertet hat.

Kendierungen im Versorgungswesen. Das Versorgungsbüro macht bekannt: Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums Nr. 9284 VII III vom 10. November 1923 (RWL Nr. 906) wird dem Kläger im Spruchverfahren im Falle seines Unterliegens vom 1. Dezember 1923 an eine Gehaltsauflegung. Den Klägern, die ein bereits anhängiges Rechtsmittel bis zum 30. November 1923 (einschließlich) zurücknehmen, kann keine Gehaltsauflegung werden.

Geschmacksbildung in der Schule. Der Dresdner Zeichenlehrerverein bietet gegenwärtig im Heimatkundlichen Schulmuseum des Dresdner Lehrervereins, Sedanstraße 19, 8. Stock, eine Ausstellung über Geschmacksbildung in der Schule. Sie ist Mittwoch und Sonnabend, von 4 bis 6 Uhr und Sonntags von 11 bis 1 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet.

Opfer der Autoraferei. Direktor Dr. Kerschmann, der Leiter des Zentral-Arbeitsnachweises, schreibt: Unter Bezugnahme auf die Notiz betr. den Unglücksfall des Herrn v. Schlippe teile ich zur Vermeidung einer Verhärterung der Schulfrage als Augenzeuge des Unglücksfalls, dem Ergreifen v. Schlippe schließlichen erlegen ist, folgendes mit: Ein dem Tschecho-Slowakischen Panzerregiment in Berlin gehöriges Auto kam in schärfster Fahrt die Reichstraße entlang, freuzte und zwar ohne ein Hupepsignal zu geben, den Straßengang der Schnorrstraße und überfuhr dann 50 Meter weiter, ebenfalls ohne ein Hupepsignal zu geben, auf abfolgt freier Fahrtbahn Herrn v. Schlippe. Der Führer fuhr zunächst noch weiter und hielt erst auf Anruf einiger Passanten. Es ist

also unrichtig, daß Herr v. Schlippe zwischen zwei zusammenstoßende Autos geriet. Als Augenzeuge kann ich bestätigen, daß es sich um einen der vielen Fälle handelt, in denen die Autos in schärfster Fahrt einfach niederfahren, was ihnen in ihre Fahrtbahn kommt. Geschworen kommt in diesem Falle dazu, daß um diese Zeit in der Reichstraße neben eine Straßenbahn noch fünf ein Fahrzeug war und der Führer, der beinahe in der Mitte des Fahrdammes fuhr, bei vernünftiger Fahrt reichlich Gelegenheit gehabt hätte, rechts oder links um den Verkehr die Straße überschreitenden Verunglückten herumzufahren.

Fabrikbrand bei Ernemann. In dem im sogenannten alten Kuppelbau an der Schandauer Straße gelegenen photographischen Atelier der Ernemannwerke brach gestern nachmittags wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, ein Brand aus, von dem etwa 80 bis 85 Quadratmeter Bodenfläche in Mitleidenschaft gezogen wurden und der sehr bald unterdrückt werden konnte. Der Sachschaden ist nur gering, ebenso wird der Betrieb dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt.

Einbrüche. In der Nacht zum 27. November wurde in die Verkaufsstelle des Konsumvereins Vorwärts in Dresden-Neustadt ein Einbruch verübt. Gestohlen wurden Mehl, Zucker, Margarine, Kartoffeln, Äpfeln, Säpfe, Essig, Pfefferkörner und anderes mehr. Die Waren sind offenbar von den Dieben mit einem Wagen abtransportiert worden. Ferner wurden aus einem Niederlagsraum an der Kallenstraße in der Nacht zum 17. November mittels Einbruch drei Kisten, enthaltend je 20 Pfund Margarine der Marke "Diffla", gestohlen. Die Kisten sind 80x25x30 Zentimeter groß und tragen die Nr. 134 441, 134 445 und 134 452. Personen, die zu diesen Einbrüchen Mahnungen gemacht haben, werden umgehend nach der Kriminalpolizei, Schützengasse 7, I, Zimmer 88, oder der nächsten Polizeistelle gebeten.

Aus dem Parteileben

Delegiertenwahl in Groß-Dresden

Die Delegiertenversammlung Groß-Dresden, die am Sonntag im Volkshaus tagte, war außerordentlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Grösch einen Bericht über das Verbot der Volkszeitung sowie über die Verhandlungen, die von der Geschäftsleitung, dem Bezirksrat und der Redaktion mit dem Bezirkskommando bis dahin geführt worden waren. Die Versammlung stimmte der von der Redaktion eingebrachten Haltung zu.

Dann sprach Genosse Fleißner über die Vorgänge im Reich. Er betonte, daß auch die linksbürgerlichen Parteien das scharfe Vergehen der Reichswehr gegen Sachsen ausdrücklich gebilligt und gegen unseren Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes getrimmt haben (mit Ausnahme des Demokraten Vorwärts). Dabei haben die Demokraten den Ausschlag gegeben, denn mit ihnen wäre eine Mehrheit für die Aufhebung vorhanden gewesen. Alles, was die Opposition vor Eintritt in die große Koalition voraussetzte, sei eingetroffen: unsere Genossen in der Regierung hätten nicht die Macht, reaktionäre Maßnahmen zu verhindern, sondern wurden nur dazu gezwungen, diese Maßnahmen mit ihren Namen zu belegen, und es hat sich erwiesen, daß man auf die Dauer um eine klare Entscheidung nicht herumkommt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung über die Tätigkeit der Landtagsfraktion führte Genosse Edel aus: Wir haben jetzt in Sachsen etwas Ähnliches wie eine Koalition. Bei den kommenden Verhandlungen im Landtage wird es sich ja zeigen, wie weit mit den Bürgerlichen zusammen zu arbeiten ist. Der Kampf wird vor allem um die Demokratisierung der Verwaltung gehen. Denn gerade von den Demokraten wird gegen die bisherige Personalpolitik der Regierung Sturm gelaufen. Dabei geht es um eine Verfestigung der sächsischen Regierung (siehe den heutigen Sachverhalt) klar hervor, wie wenig in dieser Beziehung bisher getan worden ist. Genosse Edel verteidigte die Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die durchaus erfolgreich gewesen sei. Für die Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion erhielt Genosse Wühler als erster Diskussionsredner eine längere Redezeit. Er betonte, daß wir zwar eine ganze Reihe von Gesetzen gemeinsam mit den Kommunisten gemacht hätten, daß uns aber von den Kommunisten oft ganz unnütze Steine in den Weg geworfen worden seien. Und wenn Genosse Feigner zuletzt erklärt habe, daß er mit den Kommunisten nicht mehr zusammen arbeiten könne, so lag das nicht an der Reichswehr, sondern an den Kommunisten selbst. In den letzten Monaten waren wir durch die Angriffe von rechts und links so in die Abwehr gezwungen worden, daß wir zu keiner ruhigen Arbeit mehr gekommen sind. Das habe uns in unserm Ansehen sehr geschadet.

In der Aussprache sprachen zunächst nur Vertreter des linken Flügels. Daher wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte mit der Einschränkung angenommen, vorher noch der Genossin Eva Wühler als Vertreterin der Fraktionsmehrheit das Wort zu erteilen. Aber ihre Ausführungen änderten nichts an der Haltung und Einstellung der Mehrheit der Delegierten, die ihren Ausdruck in der Wahl der Delegierten zum Landesparteitag fand. Als Delegierte zum Landesparteitag wurden gewählt die Genossen: Wedel (226 Stimmen), Geiser (215), Dr. Hermann Wünsche (178), Renke (170), Krüger (168), Sähmlich (162), Wraße (157), Hennig, Wehlig (147), Schubert (130), Sängers, Ottendorf (125), Köpck (122) und Grösch (117). Die nächstmeisten Stimmen erhielten die Genossen Jungnickel (93), Viebrock (90), Sander (85) sowie die Genossinnen Brates, Kadeberg (85) und Eva Wühler (80). Diese kommen als Ersatzleute in Frage.

Eine Entscheidung zur Landespolitik, gehalten im Sinne des Referats Edel, sowie Änderungsanträge zum Landesstatut fanden gegen wenige Stimmen Annahme. In einer anschließenden Sitzung der Delegierten aus dem Stadtgebiet wurde ein Antrag der Gruppe Striesen IV auf Abänderung der Statutenbestimmungen betreffend die Mitgliedschaft abgelehnt. Es bleibt demnach bei der bereits von uns veröffentlichten Liste.

Dresden-Neustadt, Gruppen 1 bis 6 und Waldhofsiedlung, Freitag, 7½ Uhr, im Jugendheim, Oppestraße 12, I. Mitglieder-versammlung mit Vortrag des Genossen Krauser über: Währungsfragen. Parteiangelegenheiten.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Post- und Telegraphenbeamten. Montag, abends 7½ Uhr, in der Weissen Schleife, Johann-Georgen-Allee, wichtige Funktionen der Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Edel: Die politische Lage, außer den Funktionen haben auch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Zutritt. Ausweis mitbringen! 29. November

Wettervorhersage für den 29. November. Bald erneute Schneefälle bei Temperatur nahe Null, meist stürz, schwache nordöstliche bis nordwestliche Winde. Nachts Frost, schwache nordöstliche bis nordwestliche Winde. Nachts Frost, schwache nordöstliche bis nordwestliche Winde.

feurio

Beachten Sie den frischen Duft und die große Schaumkraft von feurio.

Varianzierte Seifenfabriken Stuttgart G.m.b.H.

